



Grußwort

Frohes Fest und einen guten Start ins Jahr 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

eine Milliarde für Infrastruktur – investiert in Straßen, Brücken und Breitbandnetze – das ist eine Milliarde in die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes. Wir als FDP-Landtagsfraktion wollen genau diesen Betrag investieren und haben einen Vorschlag eingebracht: Durchfinanziert und mit konkreten Umsetzungsschritten. Geld, das unsere Infrastruktur dringend braucht (siehe auch Seite 6 „Kein Geld für Straßen“).

Dieser Vorschlag ist Teil unseres Impulspapiers, das einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik einläuten soll: Die Politik setzt den Rahmen, damit sich die Wirtschaft entfalten kann. Wir wollen raus aus den Beteiligungen bei LBBW und dem Stuttgarter Flughafen und stellen uns gegen grün-rote Einschränkungversuche bei den Sperrzeiten in der Gastronomie. Interessiert? Das Impulspapier gibt es [hier](#) zum Download.

Seh- und hörbeeinträchtigte Menschen können von nun an die Plenarsitzungen des Landtags verfolgen. Im Internet steht ein barrierefreier Livestream zur Verfügung. Ein Schritt, den ich



Ihre Meinung ist mir wichtig.

Schreiben Sie mir, was Ihnen an diesem Newsletter gefällt und was nicht. Sagen Sie mir Bescheid, wenn Sie zu einem Thema weitere Hintergründe wissen möchten: jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de

lange gefordert und ausdrücklich unterstützt habe.

Keine Unterstützung von mir hat der neueste Streich aus dem Verkehrsministerium: Der Schienenregionalverkehr in der Region Stuttgart wird ausgeschrieben. Drei Netze gehören hier dazu. Was macht der Verkehrsminister? Er versucht mit allen Mitteln, die DB Regio aus dem Markt zu drängen. Anstatt zuzulassen, dass ein Anbieter alle drei Netze bedient und damit entscheidende Synergien heben könnte, will der Verkehrsminister höchstens zwei Netze an einen Anbieter vergeben. Für diesen Eingriff ist der Verkehrsminister sogar bereit, höhere Kosten in Kauf zu nehmen.

Übers Ziel hinausgeschossen ist die Landesregierung auch beim Bestattungsgesetz.

Das Bestattungsgesetz sieht vor, dass nur Grabsteine und Grabeinfassungen aus nachweislich fairem Handel auf Friedhöfen erlaubt sind. Von dieser Möglichkeit können die Kom-

Fortsetzung

Frohes Fest und einen guten Start ins Jahr 2015

munen in Friedhofsordnungen Gebrauch machen.

Ich unterstütze die Landesregierung ausdrücklich in ihrem Kampf gegen Kinderarbeit. Aber: Verlässliche Nachweise hierfür sind nicht verfügbar, damit werden Steinmetze unzumutbar belastet. Die Kommunen brauchen Sicherheit darüber, was geht und was nicht geht. Mein Vorschlag: Das Gesetz nachbessern.

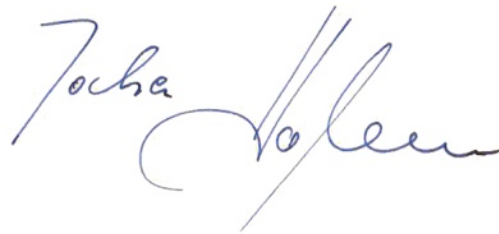
Im Januar wird Stuttgart wieder zum liberalen Zentrum Deutschlands. Nach dem Landesparteitag am 5. Januar 2015 läutet das traditionelle Dreikönigstreffen am 6. Januar im Staatstheater Stuttgart das neue Jahr ein. Sie sind herzlich eingeladen! Besonders das Dreikönigstreffen

kann ich allen, die sich die FDP einmal näher anschauen wollen, wärmstens empfehlen.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen allen besinnliche und ruhige Weihnachtsfeiertage und einen guten Start in ein für Sie erfolgreiches und hoffentlich gesundes Jahr 2015.

Viel Spaß bei der Lektüre meines Newsletters.

Ihr




Termine: Hier bin ich für Sie unterwegs

02.01.15	Traditionelles Neujahrspressegespräch des FDP/DVP-Kreisverbandes Rems-Murr
04.01.15	Neujahrsempfang der Stadt Weinstadt
05.01.15	FDP-Landesparteitag, Liederhalle Stuttgart, mehr auf www.fdp-dreikoenig.de
06.01.15	FDP-Dreikönigstreffen, Staatstheater Stuttgart, mehr auf www.fdp-dreikoenig.de
10.01.15	Podiumsdiskussion zur Gleichstellungspolitik, Verdi Landesbezirk Baden-Württemberg
13.01.15	Arbeitskreisreise Landkreis Esslingen mit Bürgerempfang der FDP-Landtagsfraktion
15.01.15	Mannheimer Schlossgespräche im Barockschloss – Podiumsdiskussion mit Bahnchef Rüdiger Grube
21.01. & 22.01.15	Sitzung des Sozialausschusses und des Verkehrsausschusses
26.01.15	Neujahrsempfang des FDP/DVP-Kreisverbandes Rems-Murr
28.01.15	Verkehrspolitische Veranstaltung des FDP-Kreisverbandes Heilbronn



Symbolpolitik statt besserer Versorgung

Baden-Württemberg droht ärztliche Versorgungskatastrophe

Der Patient im Mittelpunkt, eine sektorenübergreifende, bessere ärztliche Versorgung in strukturschwachen und ländlichen Gebieten - das sind die Hauptziele des neuen Versorgungsstärkungsgesetzes der großen Koalition in Berlin. Auf den ersten Blick: Nichts, was man schlecht finden könnte. Doch bei genauerem Hinsehen wird deutlich: Der Teufel steckt mal wieder im Detail. Genauer gesagt, in der „Aufkaufpflicht für Arztpraxen“ und den „Terminservicestellen“.

Über 2800 Arzt- und Psychotherapeutenpraxen müssten möglicherweise geschlossen werden, wenn das geplante Versorgungsstärkungsgesetz in dieser Form umgesetzt wird. Damit verlieren bis zu 1 Millionen Menschen ihren gewohnten Arzt, das Gesetz hätte auch katastrophale Auswirkungen auf die medizinische Versorgung in Baden-Württemberg.

29.11.14 | Benefiz-Veranstaltung



Für die Kreiskontaktgruppe der an Multiple Sklerose Erkrankten organisierte der Lions Club Remstal die Weihnachtsfeier. Im Serviceteam war ich gut aufgehoben und fleißig im Einsatz für eine gute Sache.

Warum? Die große Koalition plant eine Aufkaufpflicht von Arztsitzen in sogenannten „überversorgten Gebieten“. Das heißt: Geht ein Arzt in den Ruhestand, muss die kassenärztliche Vereinigung diese Praxis aufkaufen – selbst, wenn die Praxis viele Patienten hat.

Hinter dem Versorgungsstärkungsgesetz steckt also mal wieder Symbolpolitik auf Kosten der Gesundheit von Menschen. Das geht eindeutig zu weit – genauso, wie die geplanten Terminservicestellen für Fachärzte.

Die Idee ist, dass Patienten mit einer Überweisung binnen einer Woche einen Termin beim Facharzt bekommen, auf den sie dann nicht länger als vier Wochen warten sollen. Scheitert die Terminservicestelle bei der Vermittlung, wird der Patient zur ambulanten Behandlung an ein Krankenhaus überwiesen. Diese zusätzlichen ambulanten Patienten werden absehbar unsere Kliniken vor unlösbare Aufgaben stellen.

Nicht jede längerfristige Terminvergabe ist letztlich problematisch. In der Regel vergeben die Praxen die Termine verantwortlich nach Priorität. Bei der Kassenärztlichen Vereinigung hat es im Jahr 2013 nur 76 Beschwerden über lange Wartezeiten gegeben – bei 13 Millionen Überweisungen.

Wenn sich da jeder mit seiner Überweisung an solch eine Servicestelle wendet, dann sehe ich eine gewaltige Arbeitswelle auf die Kassenärztlichen Vereinigungen zurollen. Diese Personalkosten müssten wiederum gegenfinanziert werden. Geld, mit dem man Sinnvolleres für die Verbesserung der ärztlichen Versorgung finanzieren könnte.



Nullretaxationen

Teures Geschäft für Patienten und Apotheken

Kommt ein Kassenpatient mit Rezept in die Apotheke. Der Mann hat Knochenmark-Krebs, braucht ein lebenswichtiges Medikament. Die Apothekerin müsste ihn wegschicken, weil die Ärztin vergessen hat, ein Kreuz zu setzen. Sie tut's nicht. Freut sich die Kasse und kassiert 12.000 Euro von der Apothekerin. Gibt's nicht? Gibt's doch. Hört auf den schönen Begriff „Nullretaxation“.

Die Apothekerin treibt dieser Fall an den Rand des Ruins, so landet dieser Fall auch auf meinem Schreibtisch. In einem Brief an mich schreibt sie, dass allein dieser Fall für sie finanziell kaum zu verkraften sei.

Ob das ein Einzelfall ist, wollte ich daraufhin vom Landesapothekerverband sowie der Landesapothekerkammer wissen. Mitnichten, solche Nullretaxationen aufgrund von Formfehlern kämen regelmäßig vor.

Hält die Landesregierung es für vertretbar, dass die Apothekerin im Zweifel das lebensnotwendige Medikament zurückhält, um die Nullretaxation zu vermeiden?

Denn: Der oben geschilderte Fall fand an einem Samstag statt, wo Ärzte nicht mehr zu erreichen waren. Hätte die Apothekerin den Patienten wieder nach Hause schicken sollen - ohne ihm die lebensnotwendigen Arzneimittel auszuhändigen?

Die Antwort der Landesregierung scheint Hoffnung zu machen. Sozialministerin Altpeter schreibt, dass Nullretaxationen kein Problem seien. Es gebe lediglich 817 Fälle, in denen eine Bezahlung von der Krankenkasse komplett abgelehnt wurde, das Volumen liege bei lediglich etwa 36.000 Euro.

Für mich war der Fall damit noch nicht erledigt. Wenn jemand die relevanten Informationen besitzt, dann ist das der Landesapothekerverband. Er vertritt die Apotheker bei Verfahren gegen Retaxationen und ist demnach die kompetente Stelle, um die oben gestellten Fragen zu beantworten. Doch hier wird es brisant: Dieser Verband wurde von der Landesregierung überhaupt nicht gefragt.

Aus Gesprächen mit dem Landesapothekerverband weiß ich, dass die Antwort der Sozialministerin nicht der Realität entspricht.

www

Video: Novelle der Landesbauordnung

Die Novelle der Landesbauordnung hat für viel Aufruhr gesorgt. Die Efeu-Novelle will Fassadenbegrünung zur Pflicht machen und überdachte Fahrradabstellplätze zu Lasten von Autostellplätzen durchsetzen. Das Gesetz bestellt fleißig und lässt Wohnungskäufer und Mieter zahlen – sozial ist das nicht.

Mein Redebeitrag dazu im Landtag wurde in Internet und Presse viel beachtet. Hier können Sie ihn nachschauen:

[Meilenstein des Bürokratieaufbaus](#)



Die Landesregierung muss eine Ansage machen, was sie tun will, um das Problem zu beheben.

Am Ende sollte doch entscheidend sein, dass der Patient das richtige und ihm helfende Arzneimittel erhalten hat.



Betreuung muss raus aus dem Graubereich

Innovativer Ansatz zur Versorgung älterer Menschen

Viele ältere Menschen haben den Wunsch, möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Auf der anderen Seite haben sich familiäre Strukturen und die beruflichen Anforderungen so geändert, dass die Betreuung durch Angehörige immer schwieriger wird.

In dieser Situation entscheiden sich viele Angehörige für Betreuungskräfte aus dem Ausland, zumeist aus Osteuropa. Schätzungsweise bis zu 300.000 ältere Menschen werden in Deutschland durch solche Kräfte betreut.

Diese Betreuung bewegt sich allerdings in einer gesellschaftlichen und rechtlichen Grauzone. Die Beschäftigungsverhältnisse sind in vielen Fällen prekär: Lohndumping, Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung und Menschenhandel sind Probleme, die damit verbunden sind. Dazu kommt eine weitgehend fehlende Qualitätsüberwachung. Die Betreuten und die Angehörigen sind häufig im guten Glauben, dass die Vermittlungsangebote der Agenturen in Ordnung sind.

Für uns als FDP ist diese Situation nicht weiter haltbar. Die Betreuung älterer Menschen muss raus aus dem Graubereich.

Dazu haben wir einen innovativen Ansatz entwickelt: Wir schlagen ein Fördermodell zur Unterstützung einer bis zu 24-h-Hausbetreuung vor, wollen das Pflegeangebot erweitern und Versorgungslücken in der Betreuung schließen. Unser Modell bedeutet Rechtssicherheit für Pflegebedürftige und Angehörige sowie eine soziale Absicherung der Betreuungskräfte.

Die Idee hat sich bereits in der Praxis bewährt. In Österreich hat ein ähnliches Fördermodell

diesen Bereich aus der rechtlichen Grauzone geholt.

Fördermodell für 24-h-Hausbetreuung

Eine Förderung kann beantragt werden, die monatlich ausgezahlt wird und für eine oder mehrere Betreuungspersonen eingesetzt werden kann. Entscheidend für die Höhe der Förderung ist das Netto-Haushaltseinkommen. Außerdem sollen die Betreuungskosten steuerlich absetzbar sein.

Rechtssicherheit für Pflegebedürftige und Angehörige

Wir wollen ein klares Berufsbild für „Personenbetreuer“ mit definierten Qualifikationen und klar umrissenen Tätigkeitsfeldern. Das gibt Pflegebedürftigen und Angehörigen Sicherheit.

Absicherung der Betreuungskräfte

Die Betreuerinnen und Betreuer sollen durch entsprechende Organisationen betreut und beraten werden. Wichtig ist, dass Formulare und Informationsmaterialien in der jeweiligen Muttersprache verfügbar sind. Das ist eine entscheidende Voraussetzung, um die Betreuungskräfte arbeits- und sozialrechtlich zu erfassen.

Unser Ansatz ist ein Meilenstein zu einer verbesserten Hausbetreuung. Wir wollen in Baden-Württemberg Vorreiter in der Betreuung sein. Wir sollten die Chance nutzen, um auch im Bund intelligente Akzente zu setzen.



Mehr zu unserem innovativen Ansatz können Sie in [diesem Positionspapier](#) nachlesen.



Kein Geld für Straßen

Sanierungsstau gefährdet Wirtschaftsstandort

Die Dobrindt-Maut beschäftigt uns bereits seit einigen Monaten. Am 30. Oktober hat der Bundesverkehrsminister nun seinen Gesetzentwurf vorgestellt. Wir als FDP haben uns die Frage gestellt: Welche Einnahmen wird die PKW-Maut einbringen? Kann die gewünschte Wirkung erzielt werden oder verpufft der Effekt in der Bürokratie-Mühle?

Eine Wirkungsanalyse von Schmid Mobility Solutions deckt die eklatanten Schwächen der Maut auf. Die Kurz-Studie komme zu dem Ergebnis, dass entgegen den Hochrechnungen im Gesetzentwurf maximal 105 Millionen Euro an Einnahmen erzielt werden könnten. Dies aber auch nur im günstigsten Fall.

Sobald nicht auf die Infrastruktur des LKW-Mautsystems zurückgegriffen werden kann, wird es teurer. Es kursieren Zahlen von Aufbaukosten des Pkw-Mautsystems in Höhe von 337 Millionen Euro. Jeder kann sich ausrechnen, wie lange die Maut in Betrieb sein müsste, bis diese wieder gegenfinanziert sei.

Mit diesem Riesen-Popanz kann Dobrindt nach Abstottern der Anlaufkosten pro Jahr gerade so viel einnehmen, wie mit einer Erhöhung der Mineralölsteuer um 0,5 Cent je Liter. Wer wirklich etwas für die Verkehrsinfrastruktur und damit für Mittelstand und Menschen erreichen will, der kommt an einer Autobahnvignette nach österreichischem oder schweizerischem Vorbild nicht vorbei.

Und was sagt unsere grün-rote Landesregierung dazu? Keine PKW-Maut soll es geben, dafür soll die bestehende LKW-Maut auf allen Bundesstraßen und sogar auf Landstraßen er-

hoben werden. Klar ist aber: Dies würde vor allem von unseren Handwerksunternehmen und inländischen mittelständischen Unternehmen bezahlt werden müssen.

Klar ist aber auch: Der schlechte Zustand unserer Straßeninfrastruktur gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland. Immer häufiger müssen Brücken für den Schwerlastverkehr gesperrt werden. Ein IHK-Gutachten kommt zu dem Schluss, dass wir jährlich 9,5 Milliarden Euro für den Ausbau und Erhalt alleine unserer Bundesfernstraßen benötigen. Nur so können wir den Verfall unserer Infrastruktur stoppen. In Baden-Württemberg waren in 2012 knapp 49 Prozent der Landesstraßen in einem schlechten Zustand – eine unhaltbare Situation.

Fortsetzung auf Seite 7

21.11.14 | Breitband-Einweihung



Jetzt gibt es einen Breitbandanschluss in Walkersbach im Rems-Murr-Kreis. Von nun an können Unternehmen und Bürger in Walkersbach mit bis zu 50 mbit/s arbeiten und surfen – ein Quantensprung, der in ganz Deutschland Standard sein sollte. Bei der offiziellen Inbetriebnahme war ich mit dabei und habe den „Startknopf“ gedrückt (siehe Bild).



Fortsetzung:

Sanierungsstau gefährdet Wirtschaftsstandort

Umso unverständlicher ist die Haltung der grün-roten Landesregierung: „Erhalt vor Aus- und Neubau“. Neue Baumaßnahmen sind erst wieder ab 2015 geplant, die Höhe des Etats wird außerdem mittelfristig eingefroren. Statt den Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur anzugehen und auch neue Ideen in Betracht zu ziehen, gefällt sich die Landesregierung in der Rolle des Innovationsbremsers. Beweisstück Nummer eins: Lang-LKWs.

Zwei dieser Lang-LKW können drei herkömmliche LKWs ersetzen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die großen Fahrzeuge sparen bis zu 25 Prozent an Sprit, circa 20 Prozent an CO₂ und auch der Aufwand für die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur bliebe gleich – wenn man die Lang-LKW denn einsetzen würde.

Bundesweit läuft derzeit ein Feldversuch, in dem die Lang-LKW getestet werden sollen. Baden-Württemberg beteiligt sich nicht an dem Versuch – Hermann lässt grüßen. Was in anderen europäischen Ländern längst Praxis ist, braucht hierzulande einen langen Atem.

Dabei ist die Meinung der Logistikbranche einhellig: Das Einsparpotential ist enorm, die Technik ist sehr ausgereift und praxistauglich. Durch die bestehenden Abgasnormen sind die neuen LKWs außerdem ökologisch.

Die Lang-LKWs werden kommen. Doch wenn sich Grün-Rot weiterhin als Innovationsbremse geriert, werden diese LKWs das Ländle nicht anfahren.

16.09.14 | Besuch bei Liebherr in Ehingen

Im Alb-Donau-Kreis besuchte unsere Landtagsfraktion die Firma Liebherr. Das familiengeführte Unternehmen stellt Kräne, Bagger und auch Haushaltsgeräte her. Ein Thema brennt Liebherr besonders auf den Nägeln: Immer häufiger kommt es zu Einschränkungen im Schwerverkehr – also wenn Bagger oder Kräne transportiert werden. Der Grund: Viele Brücken in Deutschland können wegen schlechten Zustands für große Transporter nicht freigegeben werden.

Im Landtag bin ich diesem Thema nachgegangen. In Baden-Württemberg hält sich der Anteil der Brücken in schlechtem Zustand noch in Grenzen. Um die aktuellen Brücken in Landesverantwortung jedoch an den gestiegenen Verkehrszahlen anzupassen müssen rund 600 Millionen Euro in die Hand genommen werden, schätzt das Ministerium. Von solchen Investitionssummen ist die Landesregierung noch weit entfernt. Nicht einmal ein Fünftel wird derzeit für Straßen und Brücken ausgegeben.





Wie lösen wir das Pflege-Problem?

Interview mit Pflege-Experte Michael Wipp

Lieber Herr Wipp, das Thema „Pflege“ wird aufgrund der demographischen Entwicklung die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre sein. Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg bis 2050 um über 80% ansteigen wird – das ist enorm. In der Enquete-Kommission „Pflege“ im Landtag sind Sie als Experte mit dabei. Wo sehen Sie persönlich den größten Handlungsbedarf?

Die größte Herausforderung sehe ich in der Vernetzung der bestehenden Angebotsstrukturen, damit die Pflegebedürftigen Menschen die für sie individuell passenden Leistungen auswählen können. Das geht aber nur, wenn die unsinnige strikte Trennung zwischen ambulant und stationär aufgehoben wird. Diese ist mehr als 20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung nicht mehr zeitgemäß. Es ist beispielsweise den Menschen nicht logisch zu vermitteln, dass für einen Bewohner, der in einer betreuten Wohnanlage Leistungen benötigt, ein ambulanter Dienst ca. 20 Minuten anfahren muss, obwohl Mitarbeiter der Pflegeeinrichtung im Nachbarhaus diese Leistungen erbringen könnten, aber nicht dürfen. Dieser Unsinn wird im neuen Landesheimgesetz fortgeschrieben.

Der Bedarf an Pflegekräften ist enorm. Auf der anderen Seite fehlt es zunehmend an qualifiziertem Personal. Wie können wir hier den Brückenschlag schaffen?

Zum einen natürlich die qualifizierte Ausbildung in der Altenpflege fördern, wo es nur geht, und auf keinen Fall die Ausbildungen der Pflegeberufe zusammenlegen, weil der Verlierer die Altenpflege wäre. Auf der anderen Seite – und das wäre sofort möglich – eine Neudefinition der



Michael Wipp kann auf fast 40 Jahre praktische Erfahrungen im Bereich der Altenhilfe zurückblicken. Seit 2006 ist er Geschäftsführer der Haus Edelberg Dienstleistungsgesellschaft, zu der 13 Senioren-Pflegezentren, ambulante Pflegedienste und betreute Wohnanlagen gehören. Auf Vorschlag der FDP/DVP-Landtagsfraktion ist er als externes Experte Mitglied der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationenübergreifend gestalten“ aufgenommen worden.

mehr als 20 Jahre alten Fachkraftquote mit starrem 50-prozentigem Fachkraftanteil. Es besteht heute eine völlig andere Angebotsvielfalt als damals. Es ist naiv zu glauben, dass man einfach mit der Gießkanne 50 Prozent Fachkräfte ausgießt und das automatisch zu Ergebnisqualität führt. Ein Blick in das Nachbarland Frankreich in Pflegeeinrichtungen belegt, dass hohe Qualität in der Pflege mit einem deutlich anderen Fachkräfteeinsatz gewährleistet werden kann.

In der Enquete-Kommission sind Sie als Experte aus der Praxis geladen. Sie haben also unmittelbar erfahren, wo der Schuh in der Pflege drückt. Welche Erfahrungen aus Ihrer langjährigen Tätigkeit in diesem Bereich waren für Sie im Rückblick die wertvollsten?

Fortsetzung auf Seite 9



Fortsetzung:

Interview mit Pflege-Experte Michael Wipp

Dass junge Pflegefachkräfte - wie in kaum einem anderen Beruf - sehr schnell bei qualifizierter Arbeitsleistung in Führungspositionen kommen. Inzwischen bin ich nahezu 40 Jahre in dieser Arbeit tätig und kann nur sagen, dass sich hier im Laufe der Jahre eine Fülle an beruflichen Perspektiven eröffnet hat, die bedauerlicherweise zu einem Großteil in der Öffentlichkeit völlig unbekannt sind und nachweislich in keinem anderen Beruf in diesem Umfang gegeben sind.

Berufstätige stehen häufig vor der Aufgabe, die Pflege und Betreuung von Angehörigen mit dem Beruf zu vereinen. Wo können wir ansetzen, um die Erwerbstätigen zu entlasten?

Es muss deutlich mehr Aufklärungsarbeit stattfinden, um die Menschen über die Vielzahl der Leistungen zu informieren. Das Problem dabei ist, dass auch jetzt weiter mit dem zum Januar 2015 in Kraft tretenden Änderungsgesetz zur Pflegeversicherung die Angebotsvielfalt zunehmend unüberschaubar wird. Selbst Fachleute müssen inzwischen mit Excel-Tabellen arbeiten, um individuelle Anteile bei der Inanspruchnahme unterschiedlicher Leistungen zu ermitteln.

Dazu kommt ein psychologisches Moment: Vielfach sehen sich Angehörige in der moralischen Verpflichtung, selbst die häusliche Pflege zu leisten, und opfern sich darin völlig auf. Bei allem Verständnis für den familiären Hintergrund: Damit helfen sie dem Pflegebedürftigen nicht und sind nicht selten gleichermaßen dadurch von Krankheit und sozialer Isolation betroffen. Nach Angaben des Sozialverbandes VdK befinden

sich 70 Prozent dieser Betreuer in der ersten Stufe von Burn-out.

Stellen Sie sich vor, Sie sind Sozialminister in Baden-Württemberg. Was wäre Ihre erste Amtshandlung?

Ich würde unmittelbar die Vielzahl unsinniger landesspezifischer bürokratischer Vorschriften entrümpeln, die einer zeitgemäßen Pflege und Betreuung im Wege stehen; Doppelprüfungen von Heimaufsicht und MDK entflechten; die Vernetzung zwischen ambulanten und stationären Leistungen ermöglichen und die Fachkraftregelung den heutigen Anforderungen anpassen.

Die ohnehin knappe verfügbare Pflegezeit muss wieder dorthin, wo sie hingehört: zu den pflegebedürftigen Menschen und nicht an die Schreibtische.

18.11.14 | Inklusion im Sport



Volles Haus war beim SPORT TALK in der Barbara-Künkelin-Halle in Schorndorf. Bei einer Veranstaltung der SportRegion habe ich das Grußwort gehalten. Was bedeutet Inklusion im Sport? Wie kann sie gelingen? Dieses Thema liegt mir besonders am Herzen, da ich selbst leidenschaftlicher Sportler bin.

Impressum: